



Haushalts- und Finanzausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:40 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting, Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)**

7

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/2302, 14/2850 und 14/2884

Drucksache 14/3017

Zuschrift 14/732

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung **unverändert anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 8

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884 und 14/2990

Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008, 14/3010 bis 14/3015 und 14/3020

Vorlagen 14/845 und 14/875

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss berät zunächst

- Vorlage 14/875 betreffend die Stiftung Umwelt und Entwicklung 8

- die Absicht, einen Entschließungsantrag zum Thema Nachhaltigkeit zu verabschieden. 12

Anschließend wird über die **Änderungsanträge** beraten und abgestimmt. 13

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/3500** enthält die Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge dazu wiedergegeben.)*

Nach der Abstimmung über die Änderungsanträge und einstimmig gefasstem **Bereinigungsbeschluss** (siehe dazu Drucksache 14/3500, Seite 4) **empfiehlt** der Ausschuss in der **Schlussabstimmung** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Ewald Groth (GRÜNE)

Im Anschluss daran macht Finanzminister Dr. Helmut Linssen Ausführungen zum **Abschluss des Haushalts 2006** und antwortet auf sich dazu ergebende Fragen. 14

3 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010 17

Drucksache 14/2301

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen, die Finanzplanung **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

- 4 Veräußerung des Landesanteils an der WestLB AG** 18
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 18
 - Aussprache 20
- 5 Steuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen** 25
- Zuschriften 14/696 und 14/707
- Bericht des Finanzministeriums
- Bericht von MDgt Dr. Steffen Neumann (FM) 25
 - Aussprache 26
- 6 Deutsche Bahn AG – Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?** 29
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2725
- In Verbindung damit:
- Bei der Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn den Wettbewerb auf der Schiene stärken – Eigentumsmodell bundespolitisch unterstützen**
- Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2782
- Der Ausschuss **beschließt** ohne Diskussion einvernehmlich, zu dem Antrag Drucksache 14/2725 **kein Votum abzugeben**.
- 7 Diskriminierung von eingetragenen Partnerschaften im Beamtenrecht beseitigen** 30
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2724
- Der Ausschuss **beschließt** ebenfalls ohne Diskussion einvernehmlich, den Antrag **ohne Votum weiterzugeben**.

8 Sonntags von Wettbewerb im Energiemarkt reden und montags RWE zu neuer Marktmacht verhelfen! 31

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2728

Der Ausschuss berät den Antrag abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen, den **Antrag abzulehnen**.

9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2006 35

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 14/866

Im Rahmen einer kurzen Erörterung werden Fragen aus dem Ausschuss von den Vertretern der Landesregierung beantwortet.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die in Vorlage 14/866 dargestellte **überplanmäßige Ausgabe zu genehmigen**.

Berichterstatter: Dr. Robert Orth (FDP)

10 Steuerliche Berücksichtigung von Leistungen ausländischer Mitbürger an Verwandte im Heimatland 37

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von MDgt Dr. Steffen Neumann (FM) 37

- Aussprache 38

11 Einrichtung eines Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses 39

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig die **Einrichtung eines Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“** entsprechend dem vorliegenden Beschlussentwurf vom 16. Januar 2007.

12 Verschiedenes

39

Aus der Diskussion

1 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2302, 14/2850 und 14/2884
Drucksache 14/3017

Zuschrift 14/732

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Vorsitzende Anke Brunn stellt fest, der am 14. Dezember abschließend zur zweiten Lesung behandelte Entwurf des GFG sei vom Landtag an den Haushalts- und Finanzausschuss zurücküberwiesen worden. Sie verweist auf die ergänzende Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, Zuschrift 14/732.

Keine Wortmeldungen. – Anträge werden nicht gestellt.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen, und benennt Martin Börschel (SPD) als Berichterstatter.

